Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1993)

Heft: 1

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

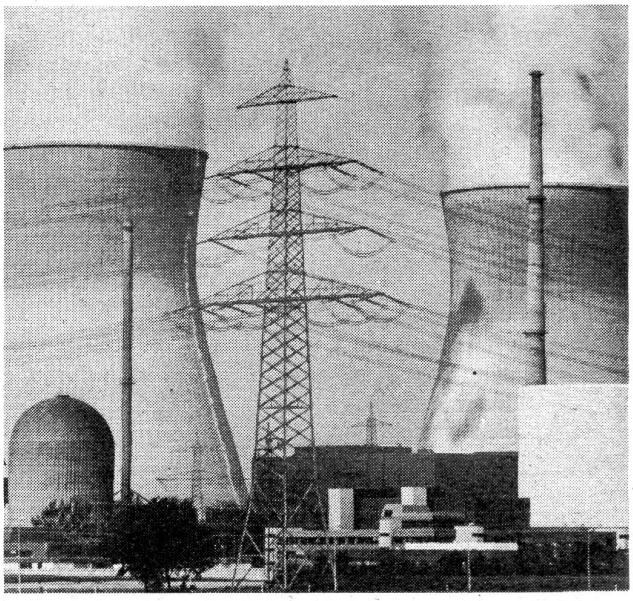
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Von Ausstieg keine Rede

Zwischen den beiden grössten deutschen Stomkonzernen Veba und RWE und einigen politischen Parteien ist ein "Energikonsens" zustande gekommen, der als Fahrplan für den Ausstieg aus der Atomtechnologie interpretiert werden kann. Doch die deutsche Anti-Atom-Bewegung ist skeptisch.



Kein Wort im deutschen Konsenspapier über die Stilllegung alter Schrottreaktoren wie das abgebildete AKW Gundremingen Foto: Keystone

Die deutsche Stromwirtschaft und die rot-grüne Landesregierung in Hannover sind sich einig, dass von den bestehenden Reaktortypen keine neuen mehr gebaut werden und die laufenden in noch zu klärenden Zeitspannen abgeschaltet werden. Die Stromkonzerne wollen sich zwar eine Option für die zukünftige Nutzung des Atoms zur Energiegewinnung offenhalten, erklären allerdings, dass neue AKW nur noch mit breitem gesellschaftlichem Konsens, beispielsweise einer Zweidrittelmehrhheit im Bundestag, gebaut werden sollen.

"Hoppla", fragt sich Michael Müller, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion in einem Kommentar in der Zeitschrift Ökotest, "hat sich die Welt über Nacht in ihr Gegenteil verwandelt?" Er befürchtet, dass das vorgelegte Konsenspapier nicht die notwendige Richtungsänderung enthält. Es sei nicht einmal die Rede davon, dass alte Schrottreaktoren wie Würgassen, Stade, Grundremmingen, Biblis oder Obrigheim stillgelegt werden müssen. Das schlimmste aber sei, schreibt Müller weiter, dass festgeschrieben werden soll, dass AKW über ihre ursprüngliche Nutzungsdauer laufen sollen. Diese wurde in den letzten Jahren von ursprünglich 25 bis 30 auf jetzt 40 Jahre hochdefiniert. So können die Stromkonzerne sicher sein, dass ihre Meiler weiterbetrieben werden, selbst wenn es nach den Bundestagswahlen 1994 eine politische Mehrheit für den schnellen Ausstieg geben sollte. Die Energiemultis setzen auf Zeit.

gir

Neue Energieinitiativen kommen

Der von Bundesrat Adolf Ogi angestrebte Energiefrieden zwischen den verschiedenen Interessengruppen ist gescheitert. Zahlreiche Umweltorganisationen und Atomenergiegegner haben am 30. Januar in Bern beschlossen, drei neue Volksinitiativen auszuarbeiten. Unter der Führung der Schweizerischen Energie-Stiftung SES versammelten sich rund 80 Personen aus 40 Gruppen und Organisationen. Auslöser der Tagung war der Entscheid des Bundesrates vom 14. Dezember 1992, dem Kernkraftwerk Mühleberg eine Leistungserhöhung von zehn Prozent einzuräumen, verbunden mit einer neuen zehnjährigen Betriebsbewilligung.

Die Versammlung beschloss, noch diesen Herbst eine Initiative zum Klimaschutz und eine Solarförderungs-Inititaive zu lancieren. Die *Klimaschutz-Initiative* verlangt eine Lenkungsabgabe auf dem Verbrauch aller nicht erneuerbarer Energieträger. Damit soll der Energieverbrauch mittelfristig vermindert werden. Der gesamte Reinertrag soll sozialgerecht zurückerstattet werden.

Die Solarinitiative verlangt eine indexierte Abgabe von 0.1 bis 0.5 Rappen pro Kilowattstunde auf dem Endverbrauch der nichterneuerbaren Energieträger. Mindestens die Hälfte der Abgabe soll für die Sonnenenergienutzung verwendet werden.

Die *Moratoriums-Plus-Initiative* soll im Frühling 1994 lanciert werden. Dabei geht es darum, das AKW-Moratorium zu verlängern oder eine AKW-Haftpflicht anzustreben.

gir

Keine internationale Umweltsteuer

Wer soll die immensen Kosten zahlen, die zur Dämpfung der Umweltverschmutzung bei der Energieproduktion nötig sind? Am 15. Kongress des Welt-Energierates in Madrid stritten sich Ende September 1992 Vertreter der Atomlobby, Ölindustrie und Verbände um die Begleichung der alten Schulden. Die erdölproduzierenden Opec-Länder lehnen eine "Grüne Steuer" ab, weil dies einem "Angriff" des reichen Nordens auf die Entwicklungsländer gleichkäme. Die amerikanischen Erdölgesellschaften beklagten, dass eine Umweltsteuer ihren gesamten Reingewinn verschlingen würde. Und die Atomlobby ist nicht bereit, die östlichen Schrottreaktoren auch nur zeitweise stillzulegen, weil dies den nötigen Wirtschaftsaufschwung stören würde.

Demgegenüber schlug der Weltbankvertreter Antony Churchill die Schliessung der gefährlichen AKW und ihre Ersetzung durch thermische Werke vor, was viel billiger ist, als die nukleare Sanierung, die laut Experten gar nicht möglich ist. Die Kosten von 20 Mrd. $ zum Beispiel für Gaskraftwerke könnten die 700 Millionen Einwohner Europas tragen, was drei Dollar pro Kopf ergäbe. Den Betrag, den die EG für die nukleare Sicherheit der Ex-Sowjetunion schon jetzt spendet, ist sechsmal höher, nämlich 120 Mrd. $. Kein Wunder, wehrt sich da die Atomlobby, denn sie ist es, die die fetten Aufträge einsteckt.

TA, 24. Sept. 1992

Wann kommen endlich Verbrauchsstandards?

Seit über zwei Jahren hat der Bundesrat die Kompetenz, Verbrauchsstandards für Motorfahrzeuge, Elektrogeräte- und -apparate wie Kühlschränke und Gefriertruhen in Kraft zu setzen. Verbrauchsstandards setzen die Höchstwerte fest, wieviel Energie ein Auto oder ein Gerät maximal verbrauchen darf. Noch immer ist das Bundesamt für Energiewirtschaft am Ausarbeiten dieser Zielwerte. Damit soll jetzt endlich vorwärts gemacht werden. Das wird eine der Forderungen der Umweltorganisationen anlässlich der Umweltministertagung sein, die vom 28. bis 30. April 1993 stattfinden wird. Bis die Zielwerte dann effektiv nicht mehr überschritten werden dürfen, wird es laut BEW-Zeitplan 1995 werden.

gir

Quebecs Flüsse unter Strom

Der Westen Kanadas soll unter Wasser gesetzt werden: Vermeintlich umweltfreundlicher Wasserstoff, der in Deutschland zum Einsatz kommen würde, soll per Elektrolyse in den kanadischen Mega-Wasserkraftwerken produziert werden. Für den Transport wird der Energieträger chemisch mit dem giftigen Touluol zu Methylcyclohexan (MCH) gebunden und schliesslich mit riesigen Tankern nach Hamburg verschifft. Die MCH-Schiffe würden das fünffache Volumen von Öltankern benötigen. Nach Vollendung sämtlicher Regulierungsmassnahmen würde auf der gesamten Quebec-Labrador-Halbinsel kein Fluss

mehr natürlich in die James- bzw. Hudson-Bay fliessen. Brut-, Nist-, und Laichplätze würden irreversibel vernichtet. Wanderrouten von Karibus und Ruheplätze von Zugvögeln würden zerstört. Ökogruppen weisen jedoch darauf hin, dass ohne viel Aufwand in Quebec derart viel Energie gespart werden könnte, dass selbst der eingesparte Strom noch gewinnbringend exportiert werden könnte und teuere und umweltzerstörerische Staudammprojekte überflüssig würden.

TAZ, 17. Dez. 1992

Verschwendung wächst

Einen ernüchternde Bilanz: Trotz technischen Fortschritts hat sich der Gesamtwirkungsgrad der eingesetzten Energie in der Schweiz seit 1970 von 50.1 % auf heute 43.6 % reduziert. So gehen über die Hälfte des Bruttoenergieverbrauchs bei der Umwandlung in Nutzenergie in anderen Formen verloren. Eine der primären Ursachen sind die sehr tiefen Wirkungsgrade bei Verbrennungsmotoren im Verkehrsbereich.

Handelszeitung 4. Feb. 1993

Entwicklungsländer als Energieschleudern?

Der Anteil der Entwicklungsländer am Weltenergieverbrauch steigt stark an: Vor 20 Jahren waren es noch 20 %, heute sind es 33 %, im Jahre 2030 werden es laut einer Studie der Weltbank schon deutlich über 60 % sein. Grundlage dieser Prognose ist die Annahme, dass die nördliche Welt ihre Energie weiterhin rationell einsetzt, die südliche weiterhin nicht. Grund: Die bürokratischen Monopolunternehmen in den Entwicklungsländern geben den Strom zu rund 50 % der Gestehungskosten ab. Dies führt bei den VerbraucherInnen zu Verschwendung. Zudem leben die Energieerzeuger weitgehend von staatlichen Subventionen und sind deshalb an einer Kostenkontrolle nicht interessiert.

TA, 15. Okt 1992

"Sichere AKW" unwahrscheinlich

Unter Atomenergiefachleuten nimmt die Diskussion über den Bau von sicheren Reaktoren gegenwärtig breiten Raum ein. Dabei wird an völlig neuen Reaktorkonzepten gearbeitet, die sich weitgehend selber regulieren und bei Bedarf selber abschalten sollen. Ob sie nach Ablauf der Moratoriumsfrist im Jahr 2000 bereits soweit entwickelt sind, dass sich auch Schweizer Elektrizitätsunternehmen - sollten sie politisch grünes Licht für neue Kernkraftwerke bekommen - zu einer Bestellung entschliessen, ist allerdings noch sehr ungewiss.

NZZ, 15. Jan 1993

Erstmals Stagnation

Zum ersten mal seit 1951 hat sich die weltweite Energieproduktion 1991 nicht erhöht. Das berichtet die Esso AG in einer in Hamburg veröffentlichten Studie. Für die Stagnation war in erster Linie der starke Rückgang der Förderung in den Staaten der GUS um fast 150 Mt SKE verantwortlich. Der Weltweite Verbrauch von Primärenergie sei allerdings 1991 um 0.9 % gestiegen.

TAZ 29. Dez. 1992

Radioaktivität steigt.

Ukrainische WissenschafterInnen haben in der Sperrzone um das AKW Tschernobyl eine besorgniserregende Konzentration des Elementes Americium 241 festgestellt, die in einigen Jahrzehnten zu einer hohen radioaktiven Belastung führen könne. Americium entsteht aus zerfallendem Plutonium 241 und gilt aufgrund der von ihm ausgehenden Alphastrahlung und höheren Halbwertzeit als noch gefährlicher. Die radioaktive Belastung soll nach einer Schätzung in 50 bis 70 Jahren bis zu sechs Millionen Curie erreichen. Menschen werden sich dann wegen der unvorstellbar hohen Radioaktivität Tschernobyl nicht mehr nähern können.

TAZ 30. Nov. 1992

Erdgas in der Innerschweiz?

Ein Forschungsprogramm hat die Vermutung erhärtet, dass sich tief unter der Innerschweiz reiche Erdgasvorkommen befinden. Gewissheit können allerdings nur teure und risikoreiche Bohrungen geben. Dafür sucht das Tiefengas-Konsortium Swisspetrol/Sulzer nun potente PartnerInnen. Erdgasfunde könnten die Energiesituation der Schweiz verändern. Ausserdem verbrennt es wesentlich sauberer als Erdöl und erzeugt weniger Treibhausgas CO2.

Bund, 2. Dez. 1992

Tickende Zeitbombe

Nach Erkenntnissen westlicher Geheimdienste sind grosse Teile Russlands weitaus stärker radioaktiv verstrahlt als bisher angenommen. Der Bonner Geheimdienstkoordinator, Bernd Schmidbauer (CDU) betonte in einem Interview, die Umweltschäden im Ural und in Sibirien seien so gigantisch, dass wir von den wahren Ausmassen keine Vorstellung haben, Verantwortlich für die radioaktive Verseuchung sind mehrere Atomkatastrophen, die während Jahrzehnten von den sowjetischen Behörden verschwiegen worden waren.

Der Chef der russischen Auslandaufklärung, Primakow, hatte erklärt, dass rund vier Millionen Quadratkilometer des Gebiets der ehemaligen Sowjetunion wegen radioaktiver Verseuchung durch die Herstellung atomarer Massenvernichtungswaffen unbewohnbar geworden seien. Bei Atomkatastrophen in den fünfziger Jahren sei etwa zwanzigmal soviel Radioaktivität freigesetzt worden wie bei der Tschernobyl-Katastrophe.

LNN, 2. Feb. 1993

Massiv weniger Erdöl aus den GUS

Für die Beurteilung der globalen Rohölförderung ist die Entwicklung in der ehemaligen UdSSR besoders wichtig. Zum einen unterliegt nämlich die russische Förderung einem in diesem Ausmass nie erwarteten Zerfall. Zum anderen sinken die Hoffnungen, welche auf Grund des Regimewechsels einen Aufschwung der Erdölproduktion hatten erwarten lassen; gleichzeitig ist aber das politische, wirtschaftliche und administrative Klima vorläufig noch keineswegs dazu geeignet, ausländische InverstorInnen anzuziehen.

Die Rohölproduktion hat in der UdSSR 1988 ihren historischen Höhepunkt erreicht und ist dann bis 1991 um 17,5 Prozent gesunken. Bis 1993 könnte dieser massive Rückgang 30 Prozent erreichen und etwa sieben Prozent des globalen Erdölverbrauchs ausmachen.

NZZ, 11.Dez. 1992

Worldwatch verlangt Energiewende Süd

Das Worldwatch-Institut hat der Weltbank und anderen internationalen Finanzinstituten vorgeworfen, in der Dritten Welt fast ausschliesslich konventionelle und viel zu kostspielige Energieprogramme zu fördern. Alternative Energiequellen und energiesparende Technologien würden viel zuwenig berücksichtigt, kritisierten die amerikanischen Wissenschafter in einer Studie.

In den achtziger Jahren sei nur ein Prozent der Energiedarlehen der internationalen Banken für Programme zur Reduzierung des Energieverbrauchs gegeben worden. Für eine neue Energiepolitik benötige der Süden aber dringend internationale Hilfe.

Die Länder der Dritten Welt verbrauchten heute viermal soviel Energie wie 1960. Wie in den Industrieländern würden fossile Brennstoffe bevorzugt, die oft importiert und mit harter Währung bezahlt werden müssen. Ein Viertel der Schuldenrückzahlungen der Entwicklungsländer betreffe inzwischen Darlehen für Energieprojekte.

Viele Wirtschaftspläne gingen fälschlich davon aus, dass mehr Energiekonsum zu Entwicklung führe, schreibt Worldwatch. Fabriken in der Dritten Welt verbrauchten proportional mehr Energie als diejenigen in den Industrienationen. Der Autor der Studie, Nicholas Lensen, empfiehlt den Entwicklungsländern statt dessen die volle Nutzung alternativer Energiequellen wie Sonne, Wind und Biomasse.

Die Kosten von Sonnen- und Windenergiesystemen seien im vergangenen Jahrzehnt um zwei Drittel bis 90 Prozent gefallen. Ausserdem müssten energiesparende Technologien sofort verwendet werden, die jetzt in den Industrieländern zum Zuge kämen.

TAZ, 23.11.92